

1 Stand 13.09.19 - Familienpolitische Fachtagung:

2

3 Familienpolitik neu denken – zur Diskussion

4

5 *„Die CDU ist nicht die Partei, die reflexartig vom Staat die Lösung aller*
6 *gesellschaftlichen Probleme erwartet. Sie ist deshalb besser als andere*
7 *dazu in der Lage, Antworten auf die sozialen Herausforderungen zu finden.*
8 *Das Prinzip der Subsidiarität ist heute aktueller denn je. Die CDU will die*
9 *kleinen Einheiten stärken, aus denen beides erwächst: Entfaltung und*
10 *Zusammenhalt, Eigenverantwortung und Solidarität. Die erste und*
11 *wichtigste Gemeinschaft ist die Familie. (...) Familie ist überall dort, wo*
12 *Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen.“*
13 *(CDU-Grundsatzprogramm 2007)*

14

15

16 Das Zusammenleben in Familienstrukturen hat sich weiter verändert: Neben der
17 klassischen Ehe und den eingetragenen Lebensgemeinschaften übernehmen
18 Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander auch generationsübergreifend.
19 Unser Ziel ist es, alle Familienstrukturen auch Ein-Eltern-, Patchwork- und
20 Regenbogenfamilien zu stärken, den nötigen Freiraum zu sichern und verlässliche
21 Rahmenbedingungen zu setzen.

22 Über 200 Mrd. Euro in über 150 ehe- und familienpolitische Leistungen verteilt die
23 öffentliche Hand. Unterschiedliche Ziele werden verfolgt: Neben dem
24 Familienleistungsausgleich stehen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch
25 Kinderbetreuung, die Unterstützung des Erziehungsauftrags, der Kinderschutz auch
26 durch die Kinder- und Jugendhilfe, die soziale Teilhabe von Kindern und die
27 Steigerung der Geburtenrate in Deutschland nebeneinander.

28

29 Familienpolitik schützend

30

31 1. Wir wollen Klarheit über die zukünftigen Ziele, die familienpolitischen Ziele
32 besser aufeinander abstimmen und auch gegenseitige Wirkungen besser
33 berücksichtigen.

34

35 2. Wir wollen ein Leitbild entwickeln für ein behütetes Aufwachsen von Kindern
36 und Jugendlichen, für Altwerden in Gemeinschaft, größere Bildungsnähe von
37 Familien und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

38

39 3. Wer Willens und in der Lage ist, dauerhaft Verantwortung für Kinder bzw.
40 Eltern zu übernehmen, muss von der Gemeinschaft unterstützt werden.

41

42 4. Die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung von Familien muss gestärkt
43 werden. Das Elterngeld ist ein großer Erfolg christlich-demokratisch geprägter

- 44 Familienpolitik. Wir wollen prüfen, wie das Elterngeld ausgebaut und dabei
45 insbesondere für Väter attraktiver gestaltet werden kann.
46
- 47 5. Wir wollen ein Familiensplitting prüfen, das Einkommensanteile der im
48 Haushalt dauerhaft lebenden Personen steuerlich besser freistellt. Der Staat
49 muss den Familien mehr finanzielle Mittel belassen.
50
- 51 6. Wir wollen den Familien, die teilweise unter herausfordernden Bedingungen
52 geringe Familieneinkommen erarbeiten, ihre finanziellen Mittel belassen. Für
53 uns gilt der Grundsatz Eigenverantwortung statt Umverteilung. Kinder dürfen
54 kein Risiko für den Wohlstand der Menschen darstellen.
55
- 56 7. Der Bund will Kinder und Eltern, die gegenüber Leistungsbeziehern nach SGB
57 XII unterhaltsverpflichtet sind, entlasten. Hierzu wird die Unterhaltsheran-
58 ziehung von Eltern und Kindern mit einem jeweiligen Jahresbruttoeinkommen
59 von bis zu einschließlich 100 000 Euro in der Sozialhilfe ausgeschlossen.
60 Auch in der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX soll durch einen Verzicht
61 auf Elternbeiträge bei volljährigen Leistungsbeziehern diese Entlastung
62 vollzogen werden. Da es sich um eine Belastung der Kommunen handelt,
63 muss der Bund den Kommunen in vollem Umfang im Sinne der Konnexität die
64 notwendigen Mittel bereitstellen.
65
- 66 8. Eltern leisten einen wichtigen und finanziell aufwändigen generativen Beitrag
67 zum Fortbestand des Generationenvertrags in den Sozialversicherungss-
68 systemen. Daher wollen wir prüfen, ob eine Entlastung von Eltern bei den
69 Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung in Frage kommt.
70

71 Familienpolitik fördernd

- 72
- 73 9. Statt mit der Gießkanne müssen familienpolitische Leistungen gebündelt und
74 in einem einheitlichen Familiengeld für bedürftige in Deutschland lebende
75 Familien zusammengeführt werden.
76
- 77 10. Familienpolitische Leistungen müssen sich am Kindeswohl orientieren. Wir
78 wollen Familien fördern, sie früh unterstützen, Hilfen anbieten und anhalten,
79 Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen die Hilfe zur Selbsthilfe, die soziale
80 Integration und die Familien zur Leistung befähigen.
81
- 82 11. Der Ausbau der Kinderbetreuung stellt die Wahlfreiheit für Familien sicher.
83 Familienbetreuung, Krippe, Hort, Kindergarten, Kindertageseltern sind
84 gleichwertige Betreuungsangebote, die durch einen nachprüfbaren
85 Bildungsauftrag ergänzt werden müssen. Dabei müssen die Bundesländer
86 eine größere Verantwortung für die Bildungsangebote und Qualität
87 übernehmen.
88

- 89 12. Der Rechtsanspruch für die Betreuung der Kinder bis zum Schuleintritt richtet
90 sich an die Kommune. Für die Erfüllung wurden erfolgreich neue
91 Betreuungsmöglichkeiten geschaffen. Der Bedarf steigt weiter, so dass
92 verstärkt mehr Erziehungspersonal ausgebildet sowie die notwendigen
93 Gebäude bereitgestellt werden müssen. Die Kommunen müssen finanziell in
94 die Lage versetzt werden, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen.
95
- 96 13. Ein neuer Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im
97 Grundschulalter darf nur begründet werden, wenn Bund und Länder dauerhaft
98 die zusätzlichen Kosten für den Aufbau und den Betrieb übernehmen. Ein
99 Rechtsanspruch darf erst gelten, wenn die Voraussetzungen durch den Bund,
100 Länder und Kommunen geschaffen wurden. Eltern erwarten, dass ihre Kinder
101 nicht nur aufbewahrt, sondern optimal betreut und gefördert werden. Dies
102 muss mit den schulischen Inhalten abgestimmt und qualitativ hochwertig sein.
103 Dafür brauchen wir erst die räumlichen Voraussetzungen und entsprechendes
104 zusätzliches Betreuungs- und Lehrpersonal.
105
- 106 14. Trotz einer hervorragenden Beschäftigungssituation in Deutschland können
107 über eine Million Langzeitarbeitslose nicht vermittelt werden. Wir lassen diese
108 Menschen und ihre Familien nicht im Stich. Wir müssen aber mehr dafür tun,
109 dass Kinder in Familien aufwachsen, in denen sie die Erwerbsarbeit der Eltern
110 erleben. Sinnvolle Beschäftigung, geregelte Tagesabläufe und die Sorge für
111 den eigenen Unterhalt sind wichtige Faktoren, um sich in der Gesellschaft
112 dazugehörig zu fühlen und eine persönliche Perspektive zu entwickeln. Die
113 Jobcenter müssen sich stärker um diese Familien kümmern. Die Bundes-
114 agentur für Arbeit muss die Schaffung von neuen gemeinnützigen
115 Arbeitsgelegenheiten vor Ort nachhaltig auch finanziell unterstützen.
116 Kommunale Beschäftigungsgesellschaften können die zunächst arbeitsmarkt-
117 fernen Leistungsempfänger auffangen. Wer Leistungsempfänger ist, kann
118 andere hilfebedürftige Menschen unterstützen, sich bei der Pflege des
119 öffentlichen Raums nützlich machen oder eine andere Aufgabe im Interesse
120 der Gemeinschaft übernehmen. Ziel muss es sein, durch Stabilisierung und
121 Qualifizierung eine Beschäftigung auf Mindestlohniveau zu erreichen.
122
- 123 15. Wir müssen weiter das gesellschaftliche Klima und die Rahmenbedingungen
124 für Familien verbessern. Kinder- und familienfreundliche sowie altersgerechte
125 Kommunen, Städte und Regionen müssen noch stärker Markenzeichen
126 unseres Landes werden. Es darf kein Unternehmen, auch nicht in der
127 Gastronomie, geben, das Familien, Kinder oder Ältere ausgrenzt.
128
- 129 16. Arbeitgeber und die Tarifpartner sind in der Pflicht in ihren Betrieben die
130 Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen. Dazu gehören Angebote
131 von Home-Office, der schnellere Aufbau von Co-Working-Spaces auch in
132 ländlichen Regionen, betriebliche Betreuungsangebote, familiengerechte
133 Arbeitszeitregelungen und Entlohnungssysteme, die Familienangehörige
134 jedenfalls nicht benachteiligen. Der öffentliche Dienst muss dabei Vorbild als
135 familienfreundlicher Arbeitgeber sein.
136

137 17. Die Infrastruktur vor Ort muss nachhaltig erhalten, weiterentwickelt und
138 umgebaut werden. Wir wollen sie auch an den Bedürfnissen von Familien
139 besser ausrichten. Erst ein flächendeckender Glasfaserkabelausbau
140 ermöglicht die Digitalisierung von Arbeit und Bildung, Telemedizin und
141 kulturelle Teilhabe.
142

143 Familienpolitik fordernd

144

145 18. Viele Familien, Kinder und Jugendlichen bedürfen nach wie vor der
146 Unterstützung durch die Jugendämter. Klares zügiges staatliches Eingreifen
147 ist immer dann gefordert, wenn das Kindeswohl gefährdet ist. Direkter
148 staatlicher Eingriff ist aber immer nur die Ultima Ratio. Deswegen müssen
149 Familien in ihrer Erziehungskompetenz unterstützt werden. Hierzu sind
150 passgenaue und zeitgemäße Familienbildungsangebote unerlässlich.
151

152 19. Die Inobhutnahme von Kinder und Jugendlichen hat in den vergangenen
153 Jahren zugenommen, auch weil sich Jugendamtsmitarbeiter keine Fehler
154 leisten dürfen. Die Wertschätzung für die verantwortungsvolle und sehr
155 belastende Arbeit des Personals der Allgemeinen Sozialen Dienste ist
156 dringend zu verbessern.
157

158 20. Leider sind Kinder und Jugendliche immer wieder Opfer von Gewalt und
159 Missbrauch. Diese Fälle sind zügig und konsequent zu verfolgen. Es geht um
160 Prävention, eine Kultur des Hinschauens und um den energischen Kinder- und
161 Opferschutz. Wir müssen vor dem Hintergrund aktueller Fälle von
162 Kindesmissbrauch prüfen, ob in diesem Bereich das Strafrecht verschärft und
163 ggf. ausgeweitet und der Informationsaustausch zwischen unterschiedlichen
164 Behörden verbessert werden muss.
165

166 21. Extremismus in Deutschland stellt für unsere freiheitlich demokratische
167 Grundordnung wieder eine besondere Bedrohung dar. Kinder und
168 Jugendliche, die in einem rechts- oder linksextremistischen oder
169 islamistischen Umfeld aufwachsen, oder sich radikalisieren, bedürfen einer
170 größeren Aufmerksamkeit. Wir wollen prüfen, wie wir die betroffenen Kinder
171 und Jugendlichen besser erreichen und ggf. früher staatlich eingreifen
172 können.
173

174 22. Eine ausgewogene und gesunde Ernährung ist für Familien unverzichtbar. Der
175 Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft kommen dabei die Aufgabe zu,
176 hochwertige Produkte zu erschwinglichen Preisen anzubieten und bessere
177 Transparenz und Verständlichkeit darüber herzustellen, welche Inhaltsstoffe
178 und Verfahren bei der Herstellung zum Einsatz kommen. Die körperliche
179 Unversehrtheit von Kinder und Jugendliche beginnt bei der Ernährung. Die
180 Eltern sind in der Pflicht, für eine ausgewogene, gesunde Ernährung zu
181 sorgen und die Kinder zu befähigen, Eigenverantwortung zu übernehmen.
182

- 183 23. Impfungen sichern die Gesundheit über Generationen. Der abnehmenden
184 Impfbereitschaft in der Gesellschaft wollen wir verbindliche Impfungen
185 entgegensetzen. Wir begrüßen, dass das Personal in
186 Gemeinschaftseinrichtungen und alle Kinder beim Eintritt in die Schule oder
187 den Kindergarten beide, von der Ständigen Impfkommission empfohlenen
188 Masernimpfungen vorweisen müssen.
189
- 190 24. Wir begrüßen, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst wieder verstärkt
191 freiwillige Reihenimpfungen in Schulen durchführen soll und die
192 Krankenkassen verpflichtet werden, mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst
193 Vereinbarungen über die Erstattung der Kosten für diese Impfungen zu treffen.
194
- 195 25. Die Sprachentwicklung von Anfang an ist von zentraler Bedeutung für die
196 Wahrnehmung von Bildungschancen und gesellschaftlicher Teilhabe.
197 Sprachstandsfeststellungen sind verpflichtend und müssen im Rahmen der
198 Schulpflicht ausgeweitet und konsequenter angewendet werden. Wir wollen
199 bessere Fortbildungsmaßnahmen hinsichtlich des Erwerbs der deutschen
200 Sprache, an denen Kinder und Jugendliche bei Bedarf teilnehmen müssen
201 und prüfen, in wie weit die Eltern dabei besser einbezogen werden können.
202 Wir dürfen Kinder und Jugendliche aus eher bildungsfernen oder
203 migrationsgeprägten Familien nicht zurücklassen.
204
- 205 26. Die Eingliederung in unsere Gesellschaft muss besser gelingen.
206 Parallelgesellschaften bedrohen den Zusammenhalt. Wir wollen Familien mit
207 sozial schwierigem Hintergrund und solche, die sich in Deutschland
208 ungenügend integrieren, besser in die Pflicht nehmen. Wir wollen prüfen, ob
209 im Bedarfsfalle auch eine „Kindergartenpflicht“ ausgesprochen und das
210 Angebot von speziellen Fördergruppen, Förderklassen und
211 Ausbildungsgängen ausgeweitet werden kann.
212